

AKTUELL

EU-MERCOSUR

Mit einem Trick zum Abkommen

María Elorza Saralegui

Noch vor Jahresende könnte das umstrittene Freihandelsabkommen mit Mercosur im EU-Rat abgestimmt werden. Umweltschutz-NGOs fordern die Ablehnung des Abkommens, das seit 25 Jahren verhandelt wird.

Die EU-Kommission versucht mit einer Änderung des Abstimmungsprozesses das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen so schnell wie möglich in Kraft zu setzen, obwohl es seit langem Kritik von Umwelt-NGOs und Landwirtschaftsverbänden gibt. Seit Ende der 1990er-Jahre verhandelt die EU mit den vier Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay über das Vertragswerk. Vorgesehen sind Zollaussnahmen und -senkungen bei über 90 Prozent der Waren sowie eine erhöhte Importanzahl von bestimmten Produkten wie Rindfleisch. Nun betont die Kommissionspräsidentin, das Abkommen sei nötig, um unabhängiger von Importen aus China – allen voran seltene Erden wie Lithium, die für den Ausbau erneuerbarer Energien gebraucht werden – zu werden und die EU-Wirtschaft zu stärken.

Solche Argumente überzeugen die NGOs nicht. Ein Wirtschaftsaufschwung etwa sei nicht zu erwarten, so Lis Cunha, die Expertin für europäische Handelspolitik bei Greenpeace Luxemburg gegenüber der woxx: „Selbst die EU-Kommission schätzt, das Abkommen werde bis 2040 nur zu 0,05 Prozent BIP-Wachstum innerhalb der EU führen.“ Die Kommission reagiere auf den Druck von Konzernen wie dem Fleischgiganten JBS, deren Holdinggesellschaften einen Sitz in Luxemburg haben. Vor allem die europäischen Automobil- und Chemieindustrien hoffen auf neue Exportmärkte. Heute schon exportiert die EU Pestizide, deren Einsatz sie selbst verboten hat, nach Lateinamerika. Die Lebensmittel landen dann – kontaminiert mit Pestizidrückständen – auf den Tellern von EU-Konsument*innen, wie eine Greenpeace-Recherche zeigt.

Für die NGO stellt das Abkommen deshalb eine „unmittelbare Bedrohung für die Ernährungssouveränität und das Klima“ dar. Sie warnt vor mehr Abholzung, mehr Treibhausgasemissionen und mehr Verletzungen der Menschenrechte indigener Bevölkerungsgruppen. Am vergangenen Dienstag übergab Greenpeace deshalb dem Außenministerium eine Petition, mit bisher 1.122 Unterschriften. Sie fordert die Ablehnung des Abkom-

mens und den unmittelbaren Schutz der Wälder. Die 2023 abgestimmte EU-Entwaldungsverordnung ist Anfang Dezember zum zweiten Mal um ein Jahr verschoben worden.

Auch europäische Landwirtschaftsverbände sind besorgt. Sie befürchten, mit den Lebensmitteln, deren Herstellung keine EU-Normen einhalten muss, nicht mithalten zu können. Die EU-Kommission hat deswegen vor einigen Monaten strengere Normen und Schutzgarantien für europäische Landwirt*innen in den Text eingebracht – nicht zuletzt weil Mitgliedstaaten wie Frankreich dies als Bedingung für ihre Zustimmung des Abkommens stellen. Das europäische Parlament soll am kommenden 16. Dezember über die Änderungen abstimmen.

Abstimmung ohne Vetorecht

Im Gegensatz zu Luxemburg sind einige Mitgliedstaaten wie Polen und Irland dennoch weiterhin gegen das Abkommen. Eigentlich bräuchte es für dessen Abstimmung eine Einstimmigkeit. Im September hat die Kommission jedoch den Text in zwei geteilt: in einen Handelsteil und einen mit den politischen Details. Im Rat der EU kann der erste Teil nun schon mit einer Mehrheit von 15 Staaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, abgestimmt werden, was das Vetorecht der einzelnen Mitgliedstaaten aushebelt.

Diese Strategie kritisieren NGOs stark, die auch die mangelnde Transparenz der Verhandlungen bemängeln. Noch stehe kein offizielles Datum für die Abstimmung im Rat fest, so Cunha. Zwar findet vom 18. bis zum 19. Dezember ein EU-Gipfeltreffen statt. Doch „normalerweise ist das nicht die Art von Gipfel, wo über ein Handelsabkommen abgestimmt wird“, sagt die Expertin. „Das könnte aber ausnahmsweise passieren.“ Sollte eine Mehrheit des Rates sich vor Jahresende für das Abkommen entscheiden, wird danach das europäische Parlament abstimmen. Hier sei die Mehrheit dagegen, obschon „rund hundert Abgeordnete“ noch unentschieden seien, so Cunha. Eine vergangene Abstimmung zeige, dass von den sechs luxemburgischen EU-Abgeordneten nur Tilly Metz (déi gréng) gegen das Abkommen sei. Wird der Text abgestimmt, müssen die nationalen Parlamente das Abkommen noch ratifizieren – also auch die Chamber.

SHORT NEWS

Weiter Kritik an „Google“ in Bissen

(ja) – Der „Mouvement écologique“ (Méco) kritisiert abermals das geplante Rechenzentrum von „Google“ in Bissen. Der US-Konzern firmiert in Luxemburg unter dem Namen „London Bridge“. Unter diesem Namen sind auch die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung auf der Website des Umweltministeriums veröffentlicht worden. Die NGO wertet das als Zeichen mangelnder Transparenz. Und sieht sich in ihrer bisherigen Einschätzung bestätigt: Aus der Expertise geht eindeutig hervor, dass für die viel kritisierte Kühlung des Rechenzentrums mit Wasser nicht ausreichend davon vorhanden sei. Daher sei nun eine Luftkühlung geplant. Allerdings fehlten Angaben, was mit der entstehenden Abwärme passiere und ob diese genutzt werde, so der Méco. Genaue Daten zum Energieverbrauch fehlen. Google stuft diese als Betriebsgeheimnis ein. Die Umwelt-NGO fordert für den Verbrauch klare behördliche Vorgaben. Die werden allerdings so schnell nicht kommen, wie die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage verrät. Die LSAP-Abgeordneten Ben Polidori, Franz Fayot und Georges Engel hatten sich, angestoßen von einem Artikel der woxx, erkundigt, ob strengere Vorgaben für den Energieverbrauch von Rechenzentren in Luxemburg vorgesehen seien. Die Regierung warte auf die EU-Kommission, so die Antwort von Energieminister Lex Delles (DP). Laut der Energieeffizienz-Direktive solle sie entsprechende Vorgaben machen. Bis dahin ermutige man die Betreiber*innen, so effizient wie möglich zu sein und auf erneuerbare Energien zu setzen.

Medien: Frauen bleiben unterrepräsentiert

(mc) – In einer Pressekonferenz vergangenen Donnerstag stellten das CNFL, das Cid Fraen an Gender und das Liser die Ergebnisse des vierten „Global Media Monitoring Projects“ (GMMP) in Luxemburg vor. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Nur 30 Prozent der in Medien repräsentierten Personen waren Frauen, wobei dies eine Verbesserung von 20 Prozent im Vergleich zu 2010 darstellte. Auch unter den Journalist*innen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert (33 Prozent) und vor allem auf lokaler Ebene sowie in „weiche“ Themen sichtbar, während Politik und Wirtschaft weiterhin männlich dominiert sind. Seit 1995 erstellt die internationale GMMP-Studie alle fünf Jahre eine Momentaufnahme der Nachrichtenlage im Hinblick auf die Geschlechtergleichstellung. Stichtag war dieses Jahr der 6. Mai. Die Beiträge der ausgewählten Medien werden hinsichtlich der quantitativen Repräsentation von Frauen und Männern sowie ihrer Rollen analysiert; zugleich wird die Geschlechterverteilung unter den Medienschaffenden selbst erhoben. Bei der Präsentation des Berichts betonte Medienministerin Elisabeth Margue (CSV) den strukturellen Charakter der Ergebnisse: „Die Tatsache, dass in den Themenbereichen Politik und Ökonomie weniger über Frauen geschrieben wird, liegt auch daran, dass es hier weniger Frauen gibt. Die Medien allein können dieses Problem nicht lösen.“ Geschlechter-Stereotypen in den Medien zu dekonstruieren sollte deshalb auch in der Schule gelehrt werden, so eine der Forderungen des GMMD.

EU-Asylrecht: Datum mit Symbolcharakter

(tf) – Die am vergangenen Montag stattgefundene EU-Innenministerkonferenz in Brüssel hat mit den dort verabredeten Verschärfungen das Zeug, rückblickend die de-facto Abschaffung des Asylrechts in der EU zu markieren. Das ist insbesondere zwei Aspekten geschuldet. Erstens dem Konzept „sicherer Herkunftsländer“. Dazu sollen neben den EU-Beitrittskandidaten Länder wie Ägypten, Bangladesch, Indien, Kolumbien, Marokko und Tunesien zählen, deren massive menschenrechtliche Probleme die woxx regelmäßig dokumentiert. Zweitens der Designation „sicherer Drittstaaten“, die bedeutet, dass man Flüchtlinge in jedes so definierte Land abschieben kann, sofern diese „Mindeststandards internationalen Asylrechts“ wahren und eine vertragliche Vereinbarung mit ihnen besteht („Ruanda-Modell“). Dies soll auch dann möglich sein, wenn die Betroffenen keinerlei Beziehung zu dem jeweiligen Land haben. Damit wird das Asylrecht noch viel weiter ausgehöhlt, als in der ursprünglichen Fassung des 2024 verabschiedeten EU-Migrationspakts vorgesehen („Bereit für hässliche Bilder“; woxx 1809; und „Politik folgt Praxis“; woxx 1782). Mit derlei Definitionen wird das Asylrecht zwar nicht de jure abgeschafft, sein Geltungsanspruch aber auf einen Personenkreis reduziert, der nach dem Willen der herrschenden Politik de facto möglichst gegen Null tendiert. Die beschlossenen Regeln müssen noch vom EU-Parlament bestätigt werden.